

# NGG-Saar fordert Rettungsschirm für Beschäftigte im Gastgewerbe und weiteren Niedriglohnbranchen

Saarbrücken, den 20. März 2020

Die Gewerkschaft NGG, Region Saar, fordert von der Landesregierung einen Rettungsschirm für Beschäftigte im Gastgewerbe und weiteren Niedriglohnbranchen.

Durch die Einführung von Kurzarbeit 100 % stehen die Beschäftigten im Gastgewerbe mit dem Rücken an der Wand. Die Höhe des Kurzarbeitergeldes von 60 % bis maximal 67 % führt dazu, dass Beschäftigte nicht mehr wissen, wie sie ihre Miete bezahlen sollen, geschweige denn ihren Lebensunterhalt.

Während es in der Systemgastronomie und vielen einzelnen Betrieben gelungen ist, tarifliche Regelungen abzuschließen, die das Kurzarbeitergeld auf bis zu 90 % des regulären Nettoentgeltes aufstocken, sind die Beschäftigten in der regulären Gastronomie und Hotellerie sich selber überlassen.

Sie haben nun keine politische Lobby mehr.

**Mark Baumeister, Geschäftsführer der Gewerkschaft NGG, Region Saar:**

„Ausgerechnet die Beschäftigtengruppen, die Teile der Politik am liebsten 13 Stunden im Betrieb stehen lassen wollen oder auf das Spargelfeld schicken möchten, stehen in der Krise nun mit dem Rücken an der Wand.“

Dass ausgerechnet die CDU eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes blockiert, ist eine Sauerei auf dem Rücken einer Niedriglohnbranche. Niemand im Gastgewerbe kann vom Kurzarbeitergeld leben. Und ausgerechnet die Minijobber, dieses Beschäftigungsmodell wird ja von der Politik hochgehalten, stehen nun komplett ohne Einkommen da. Um es klar zu sagen: Wer das eine tut, darf das andere nicht lassen. Betriebe im Gastgewerbe müssen dringend und unbürokratisch Unterstützung erhalten. Gleiches gilt auch für den Niedriglohnsektor. Wenn dies auf Bundesebene nicht möglich ist, dann brauchen wir eine saarländische Lösung. Dies haben wir der Politik deutlich mit auf den Weg gegeben. Nicht jede Saarländerin und jeder Saarländer arbeitet zu guten Bedingungen in der Industrie.“

**Tobias Wolfanger, Gewerkschaftssekretär der NGG- Region Saar ergänzt:**

„Seit Tagen beraten wir Menschen aus allen Beschäftigtengruppen, die nicht mehr wissen, wovon sie leben sollen. Teilweise verlieren sie ihren Job oder bekommen fristlose Kündigungen serviert. Die Arbeitgeber werden, was notwendig ist, von den Sozialversicherungsabgaben entlastet. Aber die Beschäftigten außen vor zu lassen, ist nicht hinnehmbar. Mich würde interessieren, was die Politiker dazu sagen, die dies zu verantworten haben.“